



Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik

34. Sitzung (öffentlich)

7. Januar 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:25 Uhr

Vorsitz: Ute Koczy (GRÜNE)

Stenograf: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW)**

1

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/4500 (Neudruck)

Erste Ergänzungsvorlage

Drucksache 13/4660

Vorlagen 13/2361, 13/2375, 13/2454, 13/2455

Europa- und Eine-Welt-relevante Haushaltspositionen im

a) Einzelplan 02 - Ministerpräsident

b) Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zum Kapitel 02 030 - Europa- und internationale Angelegenheiten - des Einzelplans 02 - Ministerpräsident - mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der CDU-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zu.

Der Ausschuss lehnt die Änderungsanträge der FDP-Fraktion zum Kapitel 10 045 - Eine-Welt-Politik - des Einzelplans 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion sowie gegen die Stimmen der FDP-Fraktion ab.

Der Ausschuss stimmt den Änderungsanträgen der Koalitionsfraktionen zum Kapitel 10 045 - Eine-Welt-Politik - des Einzelplans 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion sowie gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zu.

Der Ausschuss stimmt den Kapiteln 02 030 - Europa und Internationale Angelegenheiten - und 02 110 - Vertretung des Landes bei der Europäischen Union - des Einzelplans 02 - Ministerpräsident - sowie dem Kapitel 10 045 - Eine-Welt-Politik - des Einzelplans 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - einschließlich der beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion zu.

2 Verschiedenes

7

Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt **Vorsitzende Ute Koczy** mit, dass sich Frau Ministerin Höhn für die heutige Sitzung entschuldigt habe, da sie an der Konstituierung der Landwirtschaftskammer NRW teilnehme. Sie werde von Staatssekretärin Friedrich vertreten.

Die Anzahl der Stellen im Ausschussesekretariat sei von dreieinhalb auf zwei Planstellen reduziert worden. Frau Judith Drögeler ersetze Frau Heßhaus und werde von nun an gemeinsam mit Herrn Gross das Ausschussesekretariat bilden.

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4500 (Neudruck)
Erste Ergänzungsvorlage
Drucksache 13/4660

Vorlagen 13/2361, 13/2375, 13/2454, 13/2455

Europa- und Eine-Welt-relevante Haushaltspositionen im

- a) Einzelplan 02 - Ministerpräsident
- b) Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzende Ute Koczy weist darauf hin, dass in den letzten Tagen einige ergänzende Vorlagen sowohl von der Staatskanzlei - Vorlagen 13/2544 und 13/2546 - als auch vom MUNLV - Vorlagen 13/2548 und 13/2549 - herausgegeben worden seien. Unmittelbar nach Eingang seien den Ausschussmitgliedern diese Vorlagen ohne Vorlagennummer vom Ausschussesekretariat in die Fächer verteilt worden, um die Unterlagen so frühzeitig wie möglich zur Kenntnis nehmen zu können. Die von den Fraktionen unterbreiteten Änderungsanträge lägen als Tischvorlage vor.

Einzelplan 02 - Ministerpräsident

Ilka Keller (CDU) legt dar, da die zweite Ergänzungsvorlage noch nicht vorliege und es damit noch keine gesicherten Daten gebe, werde sich Ihre Fraktion bei den meisten Abstimmungen der Stimme enthalten.

Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik
34. Sitzung (öffentlich)

07.01.2004
rt-beh

Edith Müller (GRÜNE) findet es bedauerlich, dass sich die Opposition in allen Ausschüssen nicht dazu durchringen könne, konkrete Änderungsanträge zu stellen. Bisher habe es fast bei jeder Haushaltsplanberatung eine zweite Ergänzungsvorlage gegeben. Von daher sei dies kein neues Verfahren.

Ihrer Meinung nach sei es sehr wohl möglich, sich zu der Aufstockung der Finanzmittel für die Europa-Union Deutschland um 36.000 € eine Meinung zu bilden. Diese Chance werde jedoch verpasst, wenn man sich der Stimme enthalte. Dies finde sie bedauerlich, da es für die Koalitionsfraktionen wichtig gewesen sei, diese Finanzmittel aufzustocken, und zwar mit dem Argument, dass es sich um eine Organisation handle, die parteiübergreifend für Europa tätig sei. Sie würde es begrüßen, wenn die CDU-Fraktion diesem Antrag zustimmen würde.

Gabriele Sikora (SPD) bedauert ebenfalls, dass sich die CDU-Fraktion bei den meisten Abstimmungen über die Änderungsanträge der Stimme enthalten wolle. In der Tat liege die zweite Ergänzungsvorlage noch nicht vor. Allerdings werde darin für den Europabereich nichts Überraschendes enthalten sein, sodass man sich mit den Ansätzen durchaus hätte auseinandersetzen können.

Ilka Keller (CDU) stellt klar, sie habe nicht gesagt, dass ihre Fraktion den Antrag bezüglich der Europa-Union Deutschland ablehnen werde. Ihrer Fraktion gehe es um das Gesamtprozedere. Es gestalte sich als sehr schwierig, eine Entscheidung zu treffen, ohne dass die zweite Ergänzungsvorlage vorliege.

Dietmar Brockes (FDP) missbilligt im Namen seiner Fraktion das Verfahren und weist den Vorwurf an die Opposition zurück. Es sei zu bedenken, dass es die Landesregierung sei, die dieses katastrophale Verfahren vorgebe.

Den Änderungsantrag zur Erhöhung des Zuschusses an die Europa-Union Deutschland begrüße er. Seine Fraktion könne diesem Änderungsantrag jedoch nicht zustimmen, sondern man werde sich der Stimme enthalten, weil nicht mitgeteilt werde, wie dies gegenfinanziert werde.

Edith Müller (GRÜNE) teilt mit, die Gegenfinanzierung sei in den Deckungsvorschlägen der Koalitionsfraktionen enthalten, die sich in den jeweiligen Einzelplänen befänden. Die Koalitionsfraktionen hätten eine Gegenfinanzierung gewählt, die nicht zu erhöhten Mehrausgaben, sondern zu Umschichtungen innerhalb des Haushaltsplanes führe.

Gabriele Sikora (SPD) weist den Vorwurf des katastrophalen Verhaltens der Landesregierung zum Haushaltsplanentwurf 2004/2005 zurück. Grund für dieses Verfahren sei nicht das Verhalten der Landesregierung, sondern die Tatsache, dass der Vermittlungsausschuss erst im Dezember eine Einigung erzielt habe und erst dann das Herunterrechnen auf Landesebene habe erfolgen können.

Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik
34. Sitzung (öffentlich)

07.01.2004
rt-beh

Ilka Keller (CDU) erinnert daran, dass die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen aufgrund der massiven Proteste zum Haushaltsplanentwurf 2004/2005 gezwungen gewesen seien, Änderungen vorzunehmen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der CDU-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zu.

Der **Ausschuss** stimmt den Kapiteln 02 030 - Europa- und internationale Angelegenheit - und 02 110 - Vertretung des Landes bei der Europäischen Union - des Einzelplans 02 - Ministerpräsident - einschließlich der beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion zu.

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Dietmar Brockes (FDP) führt aus, seine Fraktion habe eine Reihe von Kürzungsanträgen zu dem Bereich Eine-Welt-Politik gestellt, die seiner Fraktion nicht leicht gefallen seien. Die desolante Situation des Landeshaushaltes lasse jedoch keine andere Wahl, als sich auch von lieb gewonnenen, aber nicht zwingend notwendigen Ausgaben zu trennen, und dazu gehöre auch die Eine-Welt-Politik.

Bei der Entwicklungspolitik handele es sich um eine Aufgabe des Bundes und nicht der Länder. NRW sei das einzige Bundesland, das sich diesen Luxus leiste, einen Luxus, den sich das Land angesichts von dramatischen Kürzungen gerade im Jugendbereich und fehlender Mittel im Bildungsbereich nicht leisten könne. Unvorstellbar aus Sicht seiner Fraktion sei insbesondere, dass der Eine-Welt-Haushalt von Ministerin Höhn in diesem Jahr sogar aufgestockt werde, nämlich von 5,5 Millionen € auf fast 6,8 Millionen € im Jahre 2004 und auf 6,6 Millionen € im Jahre 2005, also um 23 %. Angesichts der ausweglosen Situation, in der sich der Landeshaushalt langfristig befinden werde, sehe es seine Fraktion geradezu als Frechheit an, wie viele unzählige Verpflichtungsermächtigungen dieser Haushalt enthalte. Diese Verpflichtungsermächtigungen seien der Grund dafür, dass es auch in den nachfolgenden Jahren keine Konsolidierungsmöglichkeiten gebe. Er bitte, den Änderungsanträgen seiner Fraktion zuzustimmen.

Edith Müller (GRÜNE) lässt verlauten, sie werde alles dafür tun, dass die Änderungsanträge der FDP-Fraktion in der politischen Landschaft Nordrhein-Westfalen bekannt würden, und zwar deshalb, weil sich die FDP-Fraktion damit ein Eigentor schieße. Sie appelliere an die FDP-Fraktion, davon Abstand zu nehmen, quasi die gesamte Eine-Welt-Politik auf null zu setzen.

Es sei ausgeführt worden, dass Entwicklungspolitik eine bundespolitische Aufgabe sei. Bereits Adenauer habe im Jahre 1920 im Rahmen des Wettbewerbs um die Kultur-

Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik
34. Sitzung (öffentlich)

07.01.2004
rt-beh

hauptstadt die Frage gestellt, warum sich eine Kommune bemühen müsse, partnerschaftliche Beziehungen in Europa aufzubauen. Mittlerweile sei man längst über Europa hinausgewachsen, und man wisse, dass es eine Welt-Innenpolitik gebe, an der ständig gearbeitet werde und die von den Bürgern in NRW Substantielles abverlange. In diesem Zusammenhang erinnere sie daran, dass im Rahmen des Rio-Prozesses im Jahre 1992 unter dem Stichwort "Global Governance" die Regionen und Kommunen der Welt aufgefordert worden seien, sich an dem Nachhaltigkeitsprozess in der Welt zu beteiligen. Dass Nordrhein-Westfalen das einzige Bundesland sei, das in diesem Bereich etwas unternahme, bedeute nicht, dass die anderen Bundesländer klüger seien, sondern dass Nordrhein-Westfalen in diesem Bereich eine Vorreiterrolle einnehme. Von daher hoffe sie, dass die Änderungsanträge der FDP-Fraktion in der Öffentlichkeit bekannt würden, damit deutlich werde, dass sich die FDP-Fraktion aus der internationalen Gemeinschaft der Kämpfer für Nachhaltigkeit und für gemeinsame Entwicklung verabschiede.

Bezüglich der Aufstockung der Finanzmittel im Eine-Welt-Bereich gebe sie zu bedenken, dass es im GFG eine Zuweisung an die Kommunen für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit gegeben habe. Diese GFG-Mittel seien aus Gründen der Konzentration auf bestimmte wesentliche Projektstrukturen in das Ministerium umgeschichtet worden.

Die Abgeordnete kündigt an, dass ihre Fraktion die Änderungsanträge der FDP-Fraktion ablehnen werde.

Ilka Keller (CDU) lässt verlauten, es sei eine Forderung der CDU-Fraktion gewesen, die GFG-Mittel effizienter einzusetzen. Insofern stehe man dem positiv gegenüber.

Auch sie sei der Auffassung, dass die FDP-Fraktion ein wenig über das Ziel hinausgeschossen sei. Mit diesen Kürzungen rette man nicht den Landeshaushalt. Es sei daran zu erinnern, dass Baden-Württemberg und Bayern schon immer den Standpunkt vertreten hätten, dass man sich insbesondere in die Eine-Welt-Politik einbringen müsse, weil gerade die kleineren Einheiten sehr viel effektiver Eine-Welt-Politik betreiben könnten als der Bund.

Unterstützt werde jedoch die Kritik der FDP-Fraktion bezüglich der Verpflichtungsermächtigungen. Auch ihre Fraktion sei der Auffassung, dass diese reduziert werden müssten.

Ihre Fraktion werde sich bei der Abstimmung über die Änderungsanträge der FDP-Fraktion der Stimme enthalten.

Karin Jung (SPD) bringt ebenfalls ihr Unverständnis über die Änderungsanträge der FDP-Fraktion zum Ausdruck. Sie halte das Vorgehen der FDP-Fraktion für aus dem Zeitgeist herausgesprungen und sehe in allen Punkten, die die FDP-Fraktion aufgegriffen habe, nur wenig Plausibilität.

Dietmar Brockes (FDP) begrüßt es, dass die Abgeordnete Edith Müller (GRÜNE) öffentlich kommunizieren wolle, dass die FDP-Fraktion für eine klare Prioritätensetzung

Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik
34. Sitzung (öffentlich)

07.01.2004
rt-beh

innerhalb des Landeshaushaltes eintrete, und zwar insofern, als seine Fraktion zugunsten der Bereiche, die ihr wichtig seien, nämlich des Kinder- und Jugend- sowie des Bildungsbereichs, in anderen Bereichen deutliche Kürzungen vorschlage. Dies unterlasse die Koalition. Von daher habe sie das Problem, dass man sich bei vielfältigen Veranstaltungen gerade im sozialen Bereich kaum noch vor die Türe wage, weil in diesem Bereich Kürzungen vorgenommen würden, die den Menschen wehtäten. In diesem Zusammenhang erinnere er an die Schließung von Jugendzentren, die Streichung von Jugendferienfreizeitmaßnahmen und die Kürzung bei den Ersatzschulen.

Seine Fraktion verabschiede sich mit diesen Änderungsanträgen nicht aus der Entwicklungspolitik, sondern seine Fraktion sei der Auffassung, dass dies eine Aufgabe des Bundes sei und von daher dieser zu handeln habe. Langfristig gesehen sei jedoch die Europäische Union gefordert, damit es eine europaweite Koordinierung der Maßnahmen gebe.

Bezüglich der Kürzungsvorschläge im Bereich der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit müsse festgehalten werden, dass die Landesregierung bis heute nicht in der Lage sei, dem Ausschuss mitzuteilen, wie die Verteilung der Gelder vonstatten gehen solle. Seine Fraktion befürchte, dass eine neue zusätzliche Bürokratie entstehe, und zwar nicht nur beim Land, sondern auch bei den Kommunen. Die Frau Staatssekretärin habe in der vorletzten Sitzung mitgeteilt, dass man davon ausgehen könne, dass die Kommunen einen Eigenanteil aufbringen müssten. Auch dies würde dazu führen, dass auf die Kommunen zusätzliche Lasten zukämen. Dies werde seine Fraktion nicht mittragen, und von daher werde seine Fraktion diesen Blankoscheck nicht ausfüllen.

Vorsitzende Ute Koczy führt aus, es sei nicht richtig, dass nur in Nordrhein-Westfalen eine Eine-Welt-Politik betrieben werde. Fast alle Bundesländer hätten in irgendeiner Form internationale Programme im Bereich der Eine-Welt-Politik aufgelegt. Hierbei handele es sich um eine Vereinbarung der Ministerpräsidenten aus dem Jahre 1962, die bis heute durchtrage. Auch der Rio-Prozess, der bereits angesprochen worden sei, habe Auswirkungen auf alle Bundesländer. Von daher sollte man sich einmal darüber informieren, in welchen Verpflichtungen man gegenüber der internationalen Ebene und der Bundesebene stehe. Sie sei der Auffassung, dass die FDP-Fraktion mit ihren Änderungsanträgen einen eklatanten Fehler mache. Es entstehe der Eindruck, dass die FDP-Fraktion mit dem Thema Globalisierung nichts mehr zu tun haben wolle.

Bezüglich der Kinder- und Jugendarbeit weise sie darauf hin, dass das Land für die zivile Konfliktbewältigung sehr viele Finanzmittel zur Verfügung stelle. Von daher weise sie die Ausführungen des Abgeordneten Dietmar Brockes (FDP) zurück, dass die Landesregierung in diesem Bereich nichts unternehme.

StS'in Christiane Friedrich (MUNLV) legt dar:

Herr Brockes, ich kann mich nicht entsinnen und es steht auch nicht im Protokoll, wie ich eben gehört habe, dass ich irgendetwas zu einem wie auch immer gearteten Anteil der Kommunen gesagt habe. Ich habe gesagt, dass wir in der Erarbeitung sind, nach welchen Richtlinien die entsprechenden Mittel an die Kommunen, die etwas in Richtung Eine-Welt-Politik leisten, weitergegeben werden. Wir sind

derzeit immer noch dabei, die Erfahrungen, die bereits gemacht wurden, zusammenzustellen. Auf diesen Erfahrungen aufbauend werden wir Eckpunkte für eine Vergaberichtlinie erarbeiten. Ich habe Ihnen bereits mitgeteilt, dass wir Ihnen diese Eckpunkte vor Herausgabe zur Kenntnis geben und mit Ihnen darüber beraten werden, dass ich es aber aufgrund mangelnden Personals nicht schaffen werde, bereits zu dieser Sitzung etwas vorzulegen. Ich bitte, meine Ausführungen richtig wiederzugeben.

Edith Müller (GRÜNE) weist darauf hin, dass der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zum Kapitel 10 045 - Eine-Welt-Politik - Titel 633 00 - Zuweisungen für kommunale Entwicklungszusammenarbeit - zweigeteilt sei. Im ersten Teil gehe es darum, die kommunale Seite nicht übermäßig zu belasten. Dies werde Folgendermaßen formuliert:

"Es wird zugelassen, dass der Förderungsrahmen bis zu 100 v. H. der zuwendungsfähigen Ausgaben betragen oder der erforderliche Anteil (gemäß VVG Nr. 2.4 zu § 44 LHO) durch Dritte erbracht werden kann."

Im Regelfall sei also eine 100 %-Förderung möglich. Dies sei deshalb so formuliert worden, da dadurch die Förderinstrumente so flexibel wie möglich ausgestaltet werden könnten. Hinzu komme, dass man derzeit noch in der Diskussion darüber stehe, wie man die Förderrichtlinien so öffnen könne, dass vor Ort mit möglichst einfachen Zuweisungen effizient gearbeitet werden könne. Insofern sei das Bedenken der FDP-Fraktion, dass die Kommunen notwendigerweise mit einem Eigenanteil beitreten müssten, nicht gerechtfertigt.

Dietmar Brockes (FDP) führt aus, er habe nicht gemeint, dass kein anderes Bundesland in diesem Bereich tätig sei, sondern dass Nordrhein-Westfalen so stark wie kein anderes Bundesland in diesem Bereich tätig sei. Darüber hinaus sei zu betonen, dass seine Fraktion im Bereich der Eine-Welt-Politik keinen Nullansatz fahren wolle, sondern dass man lediglich im Jahre 2004 2,6 Millionen € und im Jahre 2005 3,3 Millionen € einsparen wolle.

Seines Wissens habe Ministerin Höhn in der letzten Sitzung mitgeteilt, dass die Überlegung bestehe, einen Eigenanteil der Kommunen zu berücksichtigen.

Vor dem Hintergrund, dass die Richtlinien noch nicht vorgelegt werden könnten - dies könne er durchaus nachvollziehen -, sei nach Auffassung seiner Fraktion eine abschließende Beratung nicht möglich. Er könne nicht über etwas beraten, was er nicht kenne. Von daher sei er nicht bereit, einen Blankoscheck auszufüllen. Seine Fraktion habe die Befürchtung, dass sowohl beim Land als auch bei den Kommunen ein Mehr an Bürokratie entstehe.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Der **Ausschuss** lehnt die Änderungsanträge der FDP-Fraktion mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion sowie gegen die Stimmen der FDP-Fraktion ab.

Der **Ausschuss** stimmt den Änderungsanträgen der Koalitionsfraktionen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion sowie gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zu.

Der **Ausschuss** stimmt dem Kapitel 10 045 - Eine-Welt-Politik - des Einzelplans 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - einschließlich der beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion zu.

2 Verschiedenes

Wortmeldungen ergeben sich nicht.

gez. U. Kozcy

Vorsitzende

beh/08.01.2004/13.01.2004

181